

Vorstoß nach Down Under 18.09.2017

BERLIN/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Unterstützt von deutschen Unternehmerverbänden plädieren führende EU-Funktionäre für eine Ausweitung der europäischen Freihandelsoffensiven nach Australien und Neuseeland. Entsprechende Vereinbarungen hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in der vergangenen Woche angekündigt. Gleichzeitig treiben Berlin und Brüssel den endgültigen Abschluss des Japan-EU-Freihandelsabkommens (JEFTA) voran - gegen wachsende Proteste. Während protektionistische Maßnahmen den Einfluss Chinas in der östlichen und südöstlichen EU-Peripherie mindern sollen, wollen Berlin und Brüssel ihre Aktivitäten in der Nachbarschaft der aufstrebenden Volksrepublik verstärken - indem sie die von Trump aufgegebenen US-Strategie des handelspolitischen Containments gegenüber China weiterverfolgen.

Rede zur "Lage der Union"

Mitte September hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner diesjährigen Rede zur "Lage der Union" nicht nur eine rasche Ausdehnung der Eurozone auf die gesamte EU vorgeschlagen, sondern auch eine Ausweitung des europäischen Freihandelsregimes, das um Verträge mit Australien und Neuseeland erweitert werden soll. Hiervon würde vor allem die exportfixierte deutsche Wirtschaft profitieren. Berlin bemüht sich bekanntlich, mittels Austeritätspolitik die gesamte Eurozone nach deutschem Muster auf die Erzielung möglichst hoher Exportüberschüsse abzurichten, um hierdurch die europäische Schuldenkrise buchstäblich zu exportieren. Er werde den EU-Staaten die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland vorschlagen, erklärte Juncker, da solche Abkommen in der EU Arbeitsplätze garantieren. Jede über den Export eingenommene Milliarde sichere 14.000 Jobs in Europa, erklärte der EU-Kommissionspräsident.[1] Er ordnete seine jüngsten Vorschläge in die weitergehenden globalen Bemühungen der deutschen Funktionsebenen ein, nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ein weitgespanntes Netz aus Freihandelsverträgen mit allen wichtigen Wirtschaftszonen zu schließen.[2] Neben den laufenden Verhandlungen mit Mexiko und Südamerika [3] erwähnte Juncker das bereits beschlossene EU-Kanada-Freihandelsabkommen (CETA). Zudem hat sich Brüssel auch mit Japan auf einen ähnlichen Vertrag geeinigt - das Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA). Ende 2019 sollen die Verhandlungen darüber laut Juncker abgeschlossen sein.

Strategische Interessen

In Reaktion auf die breite Kritik an den bisherigen Geheimverhandlungen über die Freihandelsverträge, die der Öffentlichkeit kaum Möglichkeiten einräumten, etwaige undemokratische Regelungen auch nur zu diskutieren, versprach Juncker, die Verhandlungen künftig transparent zu gestalten. Mitunter hebeln die Freihandelsverträge grundlegende politische und sozioökonomische Spielräume gewählter Institutionen und Körperschaften aus - indem etwa Konzernen Mindestrenditen nach Privatisierungen zugesagt werden. Diesmal sei aber "Schluss mit dem Mangel an Transparenz", behauptete Juncker. In Brüssel gebe es keine "blauäugigen Befürworter des Freihandels"; Europa müsse vielmehr "seine strategischen Interessen verteidigen". Damit spielte der Kommissionspräsident auf die protektionistischen Maßnahmen an, die mit der Brüsseler Freihandelsoffensive einhergehen sollen. Die EU-Kommission werde ein "Screening", eine Durchleuchtung aller Investitionen nichteuropäischer Unternehmen in der EU vorschlagen, um deren strategische Sektoren wie Häfen, Infrastruktur und den Verteidigungssektor zu schützen, teilte Juncker mit. Diese Maßnahme richtet sich vor allem gegen China.[4] Deutsche Politiker und Wirtschaftsverbände reagieren mit zunehmender Abwehr auf die wachsende Kooperation zwischen der Volksrepublik und den Ländern der ost- und südosteuropäischen EU-Peripherie, die Berlin als seinen ökonomischen Hinterhof, als eine "verlängerte Werkbank" betrachtet (german-foreign-policy.com berichtete [5]).

Im Interesse der Wirtschaft

Die deutschen Unternehmerverbände reagieren positiv auf Junckers Vorschläge und begrüßen sowohl die Ausdehnung der Eurozone als auch die Ausweitung der EU-Freihandelsverträge. Es sei "richtig und wichtig", dass die Debatte um EU-Reformen jetzt vorankomme, erklärte BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang; Europa brauche jetzt "Tempo bei Reformen". Je mehr Länder der Eurozone beitreten, desto mehr gewinne sie neue Stärke - sofern "harte Beitrittskriterien selbstverständlich bleiben". Die deutsche Industrie unterstütze zudem ausdrücklich "die Vorschläge für neue Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland", betonte Lang.[6] Die deutsche Politik vermeide hingegen aktuell das "Reizthema Freihandelsabkommen", berichteten europäische Medien; dies werde "zumindest vor der Bundestagswahl" auch so bleiben.[7] Die bisherigen Freihandelsvereinbarungen, etwa das gescheiterte TTIP-Abkommen, stießen auf überwiegende Ablehnung in der Bevölkerung.[8] Inzwischen weichen nahezu alle großen Parteien in Deutschland in ihrer Programmatik ihr Bekenntnis zum Freihandel mit protektionistischen Forderungen auf. Die expansive deutsche Handelspolitik solle um legitime Maßnahmen gegen "unfaire Handelspraktiken" ergänzt werden, wird etwa geäußert. Im Wahlprogramm der Unionsparteien heißt es wörtlich: "Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen". CDU und CSU halten allerdings weiterhin an CETA fest und wollen TTIP reanimieren.

In den Fußstapfen der USA

Mit der Aufnahme von Freihandelsgesprächen mit Australien und Neuseeland stieß die deutsche Exportindustrie verstärkt in eine Region vor, die bislang eng an die USA angebunden ist. Der protektionistische Kurs der neuen Administration unter Donald Trump hat in Australien ein Vakuum hinterlassen, das nun konkurrierende Mächte - daunter auch die deutsch dominierte EU - auszufüllen versuchen. Nachdem Trump die von der Obama-Administration angestrebte Transpazifische Freihandelszone TPP aufgekündigt hatte, orientierte sich die Regierung in Canberra anfangs zunehmend in Richtung China.[9] Die Volksrepublik könne einfach dem TPP-Abkommen beitreten, das die USA verlassen hätten, argumentierte der australische Premier Malcolm Turnbull Anfang 2017. Ursprünglich sollte TPP als eine amerikanische Containment-Strategie gegen die aufstrebende Volksrepublik dienen. Inzwischen scheinen aber die Versuche,

das Abkommen am Leben zu erhalten, im Sand zu verlaufen.[10] Australische Politiker bezeichneten es Ende August ohne Mitwirkung der USA als "reine Zeitverschwendung"; Australien solle seine Energien eher auf die Realisierung "anderer Freihandelsabkommen" richten. Hier hoffen nun Brüssel und Berlin zu punkten und in den Fußstapfen der USA deutliche politische wie ökonomische Positionsgewinne in der strategischen Nachbarschaft Chinas erzielen zu können - während die Bundesregierung und die EU-Kommission gleichzeitig Abwehrmaßnahmen gegen chinesische Wirtschaftsaktivitäten im eigenen geographischen Umfeld in die Wege leiten.[11]

Freihandel mit Japan

Nicht nur im Falle Australiens und Neuseelands bemüht sich Berlin, zumindest ökonomisch in die Fußstapfen der USA zu treten. Das Freihandelsabkommen mit Japan (JEFTA), auf das sich Brüssel und Tokio Anfang Juli nach langen Verhandlungen im Grundsatz geeinigt haben, zielt auf den engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in Ostasien; mit ihm entstünde die "größte Freihandelszone der Welt", heißt es in Berichten.[12] Japan solle vor allem vom schrittweisen Wegfall der EU-Zölle auf japanische Fahrzeuge profitieren, während die EU darauf hofft, ihre Nahrungsmittelexporte um 180 Prozent steigern zu können. Sollten beide Abkommen in Kraft treten, hätte Berlin Freihandelsverträge mit zwei bedeutenden Wirtschaftszonen an der östlichen und südöstlichen Flanke Chinas realisiert. Indes ist immer noch unklar, inwiefern es der EU tatsächlich gelingen wird, auf dem abgeschotteten japanischen Markt Fuß zu fassen; bisherige Anläufe insbesondere der deutschen Wirtschaft scheiterten.[13] Die Versuche des Exportweltmeisters Deutschland, durch Freihandelsverträge mit exportorientierten Volkswirtschaften wie der japanischen die Machtentfaltung Chinas zu bremsen und die USA zu beerben, haben schon rein mathematisch schlechte Chancen: Wenn beide Seiten hartnäckig auf Exportüberschüsse setzen, ist unklar, welche Seite die notwendig entstehenden Handelsdefizite in Kauf nehmen soll.

[1] Juncker will Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland. wienerzeitung.at 13.09.2017.

[2] Merkel will Bekenntnis zum Freihandel in Gipfel-Erklärung. spiegel.de 06.06.2017.

[3] S. dazu [In die Arme getrieben](#) und [Der Anti-Trump \(II\)](#) .

[4] S. dazu [In der Defensive](#) .

[5] S. dazu [Berlin fordert Ein-Europa-Politik](#) .

[6] BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang zur Rede von EU-Kommissionspräsident Juncker: "Europa braucht Tempo bei Reformen". presseportal.de 13.09.2017.

[7] Nicole Sagener: Freihandelsabkommen - Reizwort vor der Bundestagswahl. euractiv.de 13.09.2017.

[8] Große Mehrheit der Deutschen sieht TTIP kritisch. spiegel.de 04.05.2016.

[9] TPP ohne Amerika - aber mit China? faz.net 24.01.2017.

[10] Esther Blank: Australien will auch ohne Trump. nzz.ch 30.08.2017.

[11] S. dazu [Berlin fordert Ein-Europa-Politik](#) .

[12] Jefta soll 2019 in Kraft treten. zeit.de 06.07.2017.

[13] S. dazu [Partner am Pazifik](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com